

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.  
Zeitungs-Preisliste Nr. 3124.

## An die Verbandsmitglieder!

Kollegen, zahlt die Verbandsbeiträge, bevor es Winter wird. Die Zweigvereinsvorstände werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Ende November alle Mitglieder ihren Beitrag für dieses Jahr voll bezahlt haben.  
Der Verbandsvorstand. J. A.: Th. Bömelburg.

Inhalt: Die Arbeitslosigkeit. — Dritte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. Hosen und Garren! — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterchutz, Subventionen etc. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. Die Schadenserjagdpflicht bei Arbeitskämpfen. — Verschickenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

### Die Arbeitslosigkeit.

Die wirtschaftliche Krisis gestaltet sich immer bedenklicher. In welchem Maße, das erfährt man am besten aus der stetig zunehmenden Arbeitslosigkeit. Aus allen Theilen des Reiches ist in letzter Zeit über diese Zunahme berichtet worden. Ja, hier und da hat die Arbeitslosigkeit, die für alle diejenigen, welche von ihr betroffen werden, das höchste Maß von Elend bedeutet, bereits einen recht bedrohlichen Charakter angenommen. Und dabei steht der Winter vor der Thüre!

Nicht mit Unrecht hat man die Massenarbeitslosigkeit ein öffentliches Unglück genannt. Und ohne Zweifel ist es eine unabwendbare Pflicht der öffentlichen Gewalten, der Staats- und Gemeindebehörden, zu diesem Unglück Stellung zu nehmen und ihnen durch geeignete Maßnahme entgegenzuwirken. Mit einem gewissen Maße von Arbeitslosigkeit hat die dem kapitalistischen Interesse unterworfenen Gesellschaft immer, auch in Zeiten sogenannter „normaler“ wirtschaftlicher Verhältnisse zu rechnen. Und beständig muß sie des plötzlichen Ausbruches von Krisen, die zur Massenarbeitslosigkeit führen, gewärtig sein. Um so mehr müßten die Regierungen es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben erachten, sich über die Lage des Arbeitsmarktes, über den Umfang der Arbeitslosigkeit, beständig genau zu informieren. Aber leider ist in dieser Hinsicht bis jetzt so gut wie nichts geschaffen worden. Es fehlt überall in Deutschland an staatlichen Einrichtungen, welche eine regelmäßige, fortlaufende Erhebung ermöglichen. Der Mangel solcher Einrichtungen wird gegenwärtig schwer empfunden. Man steht unter dem Eindruck, daß die Arbeitslosigkeit eine außerordentliche, ist aber nicht im Stande, sie genau erfassen zu können, um die Maßregeln zu ihrer Bekämpfung darnach einzurichten. Jetzt erst, nachdem die Krisis schon viele Monate hindurch offenbar gewesen, haben einige Regierungen sich entschlossen, Erhebungen über die Arbeitslosigkeit anzunehmen.

Diese Anordnungen sind erfolgt seitens der bayerischen, der bayerischen und preussischen Staatsministerien. Für die Erhebungen in Baden sind folgende Fragen gegeben:

1. ob und inwiefern ein nennenswerther Rückgang der einzelnen Industriezweige im Laufe dieses Jahres bemerkbar gewesen ist oder im bevorstehenden Winter voraussichtlich zu erwarten steht;
2. ob namentlich dieser Rückgang in einzelnen Industriezweigen und in welchem zu Betriebsbeschränkungen geführt hat, ob und in welchem Umfange infolge der letzteren Arbeiter entlassen oder Kürzungen der Arbeitszeit oder des Lohnes stattgefunden haben;
3. in welchem Umfange und in welchen Erwerbsarten für den bevorstehenden Winter Arbeitslosigkeit zu

erwarten steht (mit besonderer Berücksichtigung der von den Arbeitsnachweisanstalten zu erhebenden Aufkünfte);

4. ob da, wo Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfange zu erwarten steht, schon seitens der Gemeindebehörden oder von anderer Seite Maßnahmen zur Beschäftigung der Arbeitslosen in's Auge gefaßt sind;
5. ob und in welchem Umfange ausländische Arbeiter in der Landwirtschaft und Industrie beschäftigt sind, ob dieselben durch ihr Verhalten zu Beanstandungen Anlaß gaben, ob und in welchem Umfange, da wo Arbeitslosigkeit für inländische Arbeiter eingetreten oder zu erwarten ist, noch außerdeutsche Arbeiter beschäftigt sind, und welche Umstände etwa entgegenstehen, daß an deren Stelle inländische Arbeiter eingesetzt werden.

In der von der bayerischen Regierung an die ihr untergeordneten Behörden erlassenen Verfügung wird darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse sich in den letzten Monaten verschärft haben, und daß für den bevorstehenden Winter eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit zu befürchten ist.

Weiter heißt es dann:

„Die in der Ausführung begriffenen Arbeiten bei den staatlichen Straßen, Brücken- und Wasserbauten, dann bei Hochbauten, sind, soweit Mittel zur Verfügung stehen, thunlichst zu beschleunigen; insoweit solche Bauten, für welche Mittel vorhanden sind, noch nicht begonnen wurden, sind dieselben möglichst rasch in Angriff zu nehmen. ... Bei den aus distriktiven Mitteln genehmigten oder demnächst zu genehmigenden Bauten und Arbeiten ist auf beschleunigte Ausführung hinzuwirken. Ferner sind die Gemeindebehörden, namentlich der größeren Städte, darauf aufmerksam zu machen, wo es im Interesse der Arbeiter, wie im allgemeinen Interesse gelegen erscheint, bezüglich der gemeindlichen Bauten und Arbeiten ebenfalls auf thunlichste Beschleunigung Bedacht zu sein, um so mehr, als die günstigen Materialpreise nachhafte Erparungen hierbei erlauben lassen.“

Bei alledem ist auf eine entsprechende Verteilung der Arbeiten wohnortnahe Rücksicht zu nehmen, um den Arbeitern namentlich während der ganzen Dauer des Winters und bis zum Eintritt günstigerer Verhältnisse in den privaten Betrieben lohnende Beschäftigung bieten zu können. Insbesondere muß noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß bei all diesen Arbeiten vorzugsweise inländische Arbeiter beschäftigt und hierbei in erster Reihe auf verheiratete Arbeiter Rücksicht genommen werde. Neben der Beschäftigung der einheimischen Arbeiter ist auf die Verwendung inländischen Materials — Holz und Backsteine, Kalk, Zement, Holzwaren etc. — besonders Bedacht zu nehmen, um hierdurch die inländische Industrie und Produktion zu unterstützen und dieser es zu ermöglichen, ihren Arbeiterstamm thunlichst zu erhalten und gegen neue Arbeitskräfte einzutauschen. Von außerordentlichem Werte ist es, durch intensive Organisation der Tätigkeit der Arbeitsämter einen Ausgleich zwischen dem Angebot und dem Bedarf an Arbeitskräften in den verschiedenen Bezirken zu vermitteln, und sind die Zentralen der Arbeitsämter zu veranlassen, in recht kurzen Zwischenräumen die in ihnen Bezirken offenen und geeigneten Stellen zu diesem Zwecke sich gegenseitig mitzuteilen. Die Straßen- und Flußbauämter sowie die Landbauämter haben die Mitwirkung der Arbeitsämter in Anspruch zu nehmen bei dem Bedarf an Arbeitskräften, insofern sie solchen nicht durch den unmittelbaren gegenseitigen Verkehr zu beschaffen vermögen. Dem weiteren Ausbau der gemeindlichen Arbeitsämter ist geeignete Sorgfalt zuzuwenden. Ueber den Vollzug und den Erfolg gegenwärtiger Entschlüsse ist binnen sechs Wochen zu berichten.“

Und was soll in Preußen geschehen? Darüber liegt bis jetzt nur folgende offiziöse Notiz vor:

„Der neuerdings eingetretene Mangel an Aufträgen für eine Reihe von Industriezweigen hat naturgemäß die Arbeitslosigkeit in Preußen ungünstig beeinflusst. Auf eine Anregung des Ministerpräsidenten Grafen von Bülow ist vom Staatsministerium beschlossene worden, durch die Oberpräsidenten Erhebungen anzustellen über die Ausdehnung, welche die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Provinzen bereits angenommen hat, über die schon herbeigetretene oder noch zu gewärtigenden Verhältnisse und über die Maßnahmen, die diesen gegenüber, insbesondere auch unter Mitwirkung der kommunalen Verbände, zu ergreifen sind.“

Ueber die Art, in der diese Erhebungen vorgenommen werden sollen, ist bis jetzt nichts bekannt geworden, obgleich bei derartigen Veranlassungen die Fragestellung und Methode von großer Wichtigkeit sind. Wenn sie praktischen Wert haben sollen, so dürfen sie nicht im bürokratischen Instanzenzuge sich über viele Wochen oder gar Monate hinziehen; sie müssen schnellstmöglich erledigt werden, zumal es vor allen Dingen darauf ankommt, den Arbeitslosen Beschäftigung und Verdienst zu gewähren.

Ohne Zweifel geht die bayerische Regierung praktischer zu Werke als die preussische. Sie dringt, abgesehen von den Erhebungen, auf eine sofortige Verwirklichung der vorge schlagenen Maßregeln, und sie hat die Erhebungen nicht politischen Organen, sondern den Gewerbe-Inspektoren übertragen, die zu solcher Arbeit zweifellos kompetenter und befähigter sind, als jene Organe.

In der hessischen Kammer hat die sozialdemokratische Fraktion beantragt:

„Die Kammer wolle beschließen, die großherzogliche Regierung zu eruchen, behufs Bänderung der überall sich fühlbar machenden Arbeitslosigkeit alle irgendwie in Frage kommenden Staatsarbeiten in beschleunigter Weise in Angriff zu nehmen und eventuell der Kammer eine Vorlage über Reichslandsarbeiten zugehen zu lassen.“

Auch in einer Reihe von Gemeindeverwaltungen hat man, meistens auf Anregungen, die von Arbeiterversammlungen ausgingen, die Frage der Beschäftigung Arbeitsloser ernsthaft erwogen.

Der Hoffnung darf man sich aber nicht hingeben, daß die Hilfe der Staatsbehörden und Gemeinden eine ausreichende sein wird. Diese Hilfe ist wieder mal nur eine Gelegenheitsaktion, bei der die Unterlassungsünden der öffentlichen Gewalten so recht scharf in die Erscheinung treten. Viele Jahre hindurch hat die Sozialdemokratie, unterstützt von verständigen bürgerlichen Sozialpolitikern, im Reichstage auf die Schaffung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen gedrungen, welche eine gründliche und umfassende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewährleisten könnten. Dahin gehört besonders die reichsgesetzliche Organisation des Arbeitsmarktes mit einer über das ganze Reich sich erstreckenden Arbeitsnachweisung. Dieser Organisation sollten die geforderten Institutionen, Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern, dienen. Dreimal hat die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstage einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgelegt. Und immer ist derselbe von der Regierung und den „Staatsbehörden“ Parteien abgelehnt worden. Ja, man hat ihn von Seiten der Scharfmacher fanatisch bekämpft, mit der Behauptung, die







ist wohl gar ein Schmaroker und Ueberträger, der seine Arbeit...

Wir haben's nicht nötig! antworten recht led und ganz ohne Ueberlegung...

Es liegen sich noch recht viele Gründe anführen, warum alle Arbeiter...

Ein Kollege aus Westfalens.

Eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins Westfa II tagte am 31. Oktober im großen Saale des Gewerkschaftshauses...

Aus Westfalen wird uns geschrieben: Als wir unseren Streik nach drei Monaten für beendet erklären wollten...

daranf hingewiesen, daß es in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs...

Schlechter Versammlungsbesuch und sonstige Verschwerden.

Aus einigen Orten liegen uns wieder Klagen über den schlechtesten Versammlungsbesuch...

Wichtigzeitig wollen wir auf's Neue Gelegenheit nehmen, den Verwaltungsmitteln...

Hoffen und Harren.....!

In der Mannheimer Wochenchrift 'Die Zeit' beschäfftigt sich Hr. Weinhausen in einem Artikel...

Bei diesem Versuch, die Tatsachen zu entstellen und zu verbunkeln, wollen wir nicht unterlassen...

maurer unterstützen können, und namentlich inwiefern sie ein Zusammenarbeiten...

Über die Unwirksamkeit des Parteitagbeschlusses soll nach Herrn Weinhausen...

Dem Lübecker Parteitage haben auch zwei Abgeordnete der Hamburger Affordmaurer...

Dasselbe gilt auch für die Gewerkschaften und ihre Presse, die sich ebenfalls...

Den übrigen Gewerkschaften und ihren Organen wird unterdessen das hohem...

Für uns liegt also in der That kein Grund vor, eine andere freundschaftliche Stellung...

Dom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Aachen. (Bautontole.) In der letzten Woche hat die von der Bauarbeiterchaft...





